

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/033(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag, 10.02.2022	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	19:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2021, 13.01.2022
 - 3.1 09.12.2021
 - 3.2 13.01.2022
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Lenkungsausschuss Buckau
Amt 61
- 6 Denkmale und verwahrloste Immobilien

	Amt 61, Amt 63	
7	Beschlussvorlagen	
7.1	Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 431-1A, 4.Änderung „ Ottersleber Chaussee/ Am Hopfengarten“ – Lange Trift, 39120 Amt 66	DS0591/21
7.2	Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum Bebauungsplan Nr. 216-2A "Westlich Damaschkeplatz" im Teilbereich A Amt 61	DS0530/21
7.3	Satzung zum Bebauungsplan Nr. 216-2A "Westlich Damaschkeplatz" im Teilbereich A Amt 61	DS0531/21
7.4	Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2030plus Amt 61	DS0259/21
8	Anträge	
8.1	Haushaltsplan 2022- Wasserfontäne im Neustädter See Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	DS0410/21/18
8.1.1	Haushaltsplan 2022- Wasserfontäne im Neustädter See FB 40	S0514/22
8.2	Schallschutzwand für den Jugendtreff Hallenhausen Fraktion DIE LINKE	A0211/21
8.2.1	Schallschutzwand für den Jugendtreff Hallenhausen Amt 63	S0486/21
8.3	Energiespar-Contracting Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0202/21
8.3.1	Energiespar-Contracting Amt 66	S0487/21
9	Informationen	
9.1	Nutzung von Recycling-Baustoffen für städtische Bauvorhaben EB KGm	I0009/22
9.2	Grundsatzbeschluss Ausbau des nördlichen Radweges in der Königstraße Amt 61	I0280/21
9.3	Perspektivische Errichtung einer Straßenbahnhaltestelle "Friedensplatz" Amt 61	I0297/21

10 Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

10.1 Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA
Amt 66

I0003/22

11 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Dr. Falko Grube

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Burkhard Moll

Frank Schuster

Vertreter

Bernd Heynemann

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Entschuldigt:

Mitglieder des Gremiums

Reinhard Stern

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er geht auf die fristgerechte Ladung zur Sitzung ein, stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Abstimmung: 8-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 09.12.2021, 13.01.2022

3.1. 09.12.2021

Abstimmung: 7-0-1

3.2. 13.01.2022

Abstimmung: 7-0-1

4. Einwohnerfragestunde

5. Lenkungsausschuss Buckau

Herr Dr. Lerm informiert über die Vorstellung des Wirtschaftsplanes in der Ausschusssitzung am 17.03.2022.

Stadtrat Mertens erkundigt sich nach möglichen Beschwerden von Seiten des neuen Eigentümers beim Bauvorhaben Klosterbergstraße/Coquiststraße.

Herr Dr. Lerm nimmt den Sachverhalt mit.

6. Denkmale und verwaarloste Immobilien

Stadtrat Belas nimmt ab 16:10 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Schütt geht auf einen Brand in der Weststraße ein. Der Verschluss der Fenster war durch die Verwaltung veranlasst worden. Auf Grund von Vandalismus sei es zum Vorfall gekommen. Die Fenster werden erneut gesichert, regelmäßige Kontrollen werden erfolgen.

Des Weiteren geht er auf die marode Villa im Bereich Stadion Neue Welt ein. Der Abbruch eines Baudenkmales stehe im Raum.

Abschließend informiert **Herr Schütt** über die Substanzsicherung am Schloss Randau.

Stadträtin Linke hinterfragt die in der Magdeburger Volksstimme vorgestellten Planungen im Bereich Stresemannstraße (Molkereigebäude) hinsichtlich des Denkmalschutzes. Der Denkmalschutz wurde geprüft, Denkmalschutz besteht nicht, teilt **Herr Schütt** mit. Eine rechtliche Ablehnung des Bauvorhabens aus denkmalrechtlichen Gründen ist somit nicht durchsetzbar.

In diesem Bereich in unmittelbarer Nachbarschaft zum Bahngelände stand die Errichtung einer Blockrandbebauung sowie der Erhalt des Gebäudes im Focus.

Stadtrat Heynemann geht noch einmal auf den möglichen Abriss der Villa im Bereich Stadion Neue Welt ein.

Stadtrat Schuster geht auf den geplanten Abbruch des Baudenkmals Polizeipräsidiums, Gebäude 5 ein. Er bittet darum, zukünftig vorher über Abrissanträge von Baudenkmalen im Rahmen der StBV-Sitzung informiert zu werden.

7. Beschlussvorlagen

- 7.1. Widmung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 431-1A,
4.Änderung „ Ottersleber Chaussee/ Am Hopfengarten“ – Lange
Trift, 39120
Vorlage: DS0591/21
-

Herr Gebhardt bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadträtin Linke erkundigt sich nach den Fördermittelbedingungen in Bezug auf die Werkstraße.

Herr Gebhardt erläutert den Förderzweck und den damit verbundenen ausschließlich zulässigen Werksverkehr. Eine Erweiterung/Änderung der verkehrlichen Nutzung innerhalb des Zweckbindungszeitraumes würde zur Förderschädlichkeit und -rückzahlung führen.

Abstimmung zur DS0591/21: 9-0-0

- 7.2. Behandlung der Stellungnahmen (Abwägung) zum
Bebauungsplan Nr. 216-2A "Westlich Damaschkeplatz" im
Teilbereich A
Vorlage: DS0530/21
-

Die Beschlussvorlagen zu TOP 7.2 und TOP 7.3 werden zusammenhängend durch **Herrn Dr. Lerm** eingebracht.

Er geht auf die vorliegenden Hinweise ein und erläutert die gutachterliche Stellungnahme.

Stadtrat Stage hinterfragt grundsätzliche Änderungen im Vergleich zum Aufstellungsbeschluss. **Herr Dr. Lerm** verweist auf redaktionell eingearbeitete Kleinigkeiten.

Stadträtin Linke geht auf die Informationsveranstaltung der GWA mit dem Investor ein. Sie verweist auf die Vorstellung des Bauvorhabens durch den Investor und die dazugehörigen Erläuterungen durch diesen. Der Investor verwies darauf, dass die vorhandene Bebauung an der Olivenstedter Straße nicht für Photovoltaikanlagen geeignet sei und somit auch nicht geplant. Auf dem Gebäudeteil C könne bei Wunsch nachgerüstet werden, führte der Investor weiter dazu aus. **Stadträtin Linke** verweist auf das sehr große Bauvorhaben hier und spricht sich für einen Änderungsantrag hinsichtlich der Errichtung von Photovoltaikanlagen als Auflage in der Satzung aus.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Begrünung im Bereich Parkplätze Maxim-Gorki-Straße im Rahmen des Straßenausbaus ein.

Herr Dr. Lerm verweist auf zusätzlich festgesetzte Bäume. Bei der Straßenraumausgestaltung könne eine dementsprechende Berücksichtigung erfolgen.

Konkrete Aussagen zum Stand der Vorplanung für die Straßen, die gewidmet sind, können zum jetzigen Zeitpunkt nicht gemacht werden.

Daraufhin fragt **Stadtrat Dr. Grube** nach einem möglichen Zeitpunkt der Straßenbaumaßnahme, wann die Maxim-Gorki-Straße angefasst werde.

Konkret möchte er wissen, wo und wie viele Bäume festgesetzt sind.

Die Maxim-Gorki-Straße werde erst einmal nicht umgebaut, teilt **Herr Gebhardt** mit.

Herr Dr. Lerm geht auf das Thema Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen ein. Im öffentlichen Raum sei die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen für einen privaten Investor nicht möglich, z.B. für die Sicherung der Allee im Bereich Maxim-Gorki-Straße.

Er verweist auf eine informelle Planung dem „Stadtbaumkonzept“ welche von Amt 61 momentan erarbeitet werde. Der Bebauungsplan gehe damit konform.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf den Aufstellungsbeschluss und die Festlegungen zu den Baumpflanzungen. Südlich der Maxim-Gorki-Straße sei eine beidseitige Allee zu errichten. Die Straßenraumausgestaltung obliege der Stadtverwaltung, so **Herr Dr. Lerm**. Das Straßenbegleitgrün werde nicht komplett im Plan aufgeführt und er verweist auf die textlichen Festsetzungen. Die Festlegung der öffentlichen Verkehrsfläche schließe Baumpflanzungen nicht aus.

Stadtrat Moll geht auf die Entwicklungen bezüglich der Lärmsituation ein.

Stadtrat Hempel findet es schade, der Stellungnahme der IHK nicht zu folgen. Er verweist auf die Zulassung von Magdeburger Läden, die somit in Konkurrenz zu den Geschäften in der Olivenstedter Straße bzw. der Großen Diesdorfer Straße stehen. Er sieht die Einzelhändler in Gefahr und hält dieses für keine nachhaltige Stadtentwicklung.

Er werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Änderungsantrag zur DS0531/21:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat im Planteil B Textliche Festsetzungen, Hinweise und nachrichtliche Übernahme folgende Ergänzung:

I. Planzeichenfestsetzung

Neu: 2.9. Auf dem zukünftigen Neubau in der Werner-Priegnitz-Straße (Flur 345, Flurstück 65/11) ist eine Photovoltaikanlage vorzusehen.

Abstimmung: 5-1-3

Abstimmung zur DS0530/21: 8-1-0

7.3. Satzung zum Bebauungsplan Nr. 216-2A "Westlich Damaschkeplatz" im Teilbereich A
Vorlage: DS0531/21

Abstimmung zur DS031/21: 8-1-0 empfohlen mit Änderungsantrag

7.4. Verkehrsentwicklungsplan (VEP) 2030plus
Vorlage: DS0259/21

Herr Schröter bringt die Beschlussvorlage ein.

Stadtrat Hempel hinterfragt die konkreten Änderungen seit November 2021.
Herr Schröter erläutert dieses und geht auf die Power-Point-Präsentation ein.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** verweist auf die wichtige Vorarbeit im Ausschuss bei diesem umfangreichen Papier.

Stadträtin Linke geht auf die Historie der Thematik ein.

- 1993: Verkehrliches Leitbild;
- 2002: Stadtratsbeschluss - Beauftragung VEP;
- 2012: 1. Baustein;

Sie kritisiert die Prozessdauer und die kaum merkbare Berücksichtigung von Beschlüssen. Trotzdem tendiere sie zur Beschlussfassung.

Die vorliegende Version zeige die alte Version ohne Anpassung. Das Karten- und Datenmaterial sei nach wie vor fehlerhaft. Sie verweist auf eine Mail an den BG VI vom 20.01.2022 und vermisst die dazugehörige Beantwortung.

Stadtrat Dr. Grube fragt was beschlossen werden soll, dieses sei ihm unklar. Wo findet man die Beschlusslage zu Szenario 1.

Stadtrat Schuster geht auf die Zeitproblematik ein hinsichtlich der Sichtung der Synopse. Der MIV werde zu wenig berücksichtigt und die Verkehrsentwicklung des ÖPNV im Bereich Stadtrand/Umland reiche nicht.

Er spricht sich für eine Vertagung der Beschlussvorlage aus.

Stadtrat Stage sieht die Beschlussvorlage als Anstoß für eine Möglichkeit zur Fortschreibung.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für eine Aktualisierung aus und geht auf unterschiedlichste Beispiele ein, die seiner Meinung nach nicht dem aktuellen Stand entsprechen.

z.B.:

- Eulenberg;
- Barrierefreier Ausbau von Haltestellen (Magdeburger Standard)
- Umgehungsstraße Ostelbien;
- Prüfung Kreisverkehre fehlt;
- Prioritätensetzung der Maßnahme 107: Rad- und Fußwegverbindung zwischen Salbker und Freie Straße;
- Schiffshebewerk;
- Carsharing;
- Optimierung Durchgangsverkehr über die B 1 zur Entlastung von Berliner Chaussee, Strombrücke, Ernst-Reuter-Allee

Die Optimierung bezieht sich auf die dynamische Wegweisung zur Verbesserung des Verkehrsflusses, teilt **Herr Schröter** mit.

Der VEP habe für **Stadtrat Hempel** keine Strategie und sei kein Zukunftsmodell, nur viele Einzelmaßnahmen. Er weiß nicht wo das hinführen soll und ist ratlos. Die Verkehrssituation sah 2014 natürlich anders aus.

Auch er hält eine 1. Lesung für sinnvoll.

Die Zielformulierung sei unklar. Die Bausteine lösen das Problem nicht.

Barrierefreie Haltestellen inklusive Bushaltestellen bis 2028 hält er für ein heroisches Ziel und verweist auf den Stadtratsbeschluss, zur Prioritätenliste barrierefreie Haltestellen mit einem ganz anderen Zeithorizont.

Herr Schröter weist daraufhin, dass der letzte Beschluss zum VEP aus dem Jahre 2019 stammt.

Stadtrat Moll findet, dass die in der Begründung (S.7 Punkt 6) stehenden wichtigsten Ergebnisse im VEP stehen sollten.

Für **Stadtrat Schuster** macht ein Runder Tisch keinen Sinn mehr. Er schlägt vor, dass die Verwaltung nochmals mit allen Fraktionen einzeln die Thematik durchgehen und überarbeiten könne.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** schlägt vor, eventuell die reguläre StBV-Sitzung am 03.03.2022 für ein Arbeitsgespräch nur zum Thema VEP zu nutzen.

Stadträtin Linke greift das Thema Eulenberg, Radschnellwegverbindung, Flächenankauf, ... auf.

Stadtrat Dr. Grube plädiert für den 03.03.2022 ohne Teilnehmerbeschränkung und nur zum Thema VEP.

Stadtrat Stage erinnert daran, dass die Inhalte der Sondersitzung im November 2021 in die Beschlussvorlage einfließen sollten. Visionen, Strategien fehlen.

Das ÖPNV-Preis-Leistungsverhältnis stimmt nicht und sei unattraktiv. Die MIV Lösung sei in anderen Städten besser gelöst.

Herr Schröter empfiehlt die Teilnahme des Moderators Herrn Pfothhauer (planungsgruppe epUrban).

Stadtrat Schuster fragt nach dem Sitzungsbeginn am 03.03.2022 und spricht sich für einen früheren Sitzungsbeginn aus. Er schlägt 14:00 Uhr oder 15:00 Uhr vor. Abschließend erinnert er daran, dass es sich um einen Verkehrsentwicklungsplan handele.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die Maßnahmenliste als Gegenstand der Beratung am 03.03.2022 ein, oder soll das Gesamtpaket betrachtet werden.

Herr Schröter verweist auf die Beschlusslage zur Maßnahmenliste. Der Baustein 5 umfasse komplett alles, inklusive der Strategie.

Stadtrat Stage verweist auf faktische Fehler und hinterfragt die Beschlusslage.

Herr Schröter verweist auf den früheren Baustein 4.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, sollte die Beschlussvorlage im Stadtrat abgelehnt werden, wäre dies ein verheerendes Signal.

Stadträtin Linke geht auf das Thema Carsharing als Prüfauftrag ein und verweist auf die viel zu "weich" formulierten Maßnahmen. Sie hält es für legitim neue Beschlüsse zur Maßnahmenliste zu fassen und spricht sich auch für die Behandlung der Maßnahmenliste am 03.03.2022 aus.

Der ÖPNV werde aus Sicht von **Stadtrat Hempel** zu wenig betrachtet. Er spricht sich dafür aus, die Vertreter*innen der Verkehrsplanung der MVB mit einzuladen.

Herr Dr. Lerm verweist auf die bestellende Funktion der MVB. Die Stadt sei Aufgabenträger.

Stadtrat Schuster hält es nicht für hilfreich die MVB mit einzuladen. Neben der Straßenbahn müsse über weitere Verkehrsträger nachgedacht werden. Es müsse nach weiteren Verkehrsträgern und Maßnahmen gesucht werden, wie z.B. S-Bahn-Anbindungen. Der momentane ÖPNV sei für längere Strecken nicht attraktiv in der Stadt.

Welche Möglichkeiten bestehen hinsichtlich der S-Bahn als Verkehrsträger, fragt **Stadtrat Stage**.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Energie (UwE) **Stadtrat Moll** spricht sich für eine gemeinsame Sondersitzung mit dem UwE und dem StBV aus.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** hält an einer alleinigen Sondersitzung des StBV am 03.03.2022 fest. Er schlägt vor, dass sich alle Fraktionsvorsitzenden sowie verkehrspolitischen Sprecher*innen auf Eckpunkte vorab einigen.

Für **Stadtrat Hempel** sei eine strategische ÖPNV-Planung mehr als „neuer Streckenausbau“. Es gehe z.B. auch um Beschleunigung des ÖPNV zur Attraktivitätssteigerung.

Stadträtin Linke hält eine Einladung der MVB für sinnvoll, spricht sich aber auch für eine Einladung des ADFC aus.

Abschließend mahnt sie ihre offene Antwort auf ihre Mail an den BG VI an.

Frau Köhler (VI/01) verweist auf personelle Engpässe. Der Entwurf der Beantwortung liege vor und werde demnächst versendet.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich für eine StBV-Sitzung ohne Externe aus.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** lässt detailliert dazu abstimmen.

Geschäftsordnungsantrag zum Vertagen auf den 03.03.2022: 9-0-0

- mit Rederecht für 9 Stadträte laut StBV;
- Einladung an alle Fraktionsvorsitzenden;

Geschäftsordnungsantrag zum Beginn:

- 14:00 Uhr: 6 Zustimmungen;
- 15:00 Uhr: 8 Zustimmungen;

Geschäftsordnungsantrag zur MVB Einladung: 4-3-2

Geschäftsordnungsantrag zur ADFC Einladung: 1-8-0 abgelehnt

vertagt

8. Anträge

8.1. Haushaltsplan 2022- Wasserfontäne im Neustädter See Vorlage: DS0410/21/18

Herr Matz (FB 40) bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein und plädiert für eine Ablehnung des Änderungsantrages.

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0410/21/18: 0-8-1
nicht empfohlen

8.1.1. Haushaltsplan 2022- Wasserfontäne im Neustädter See Vorlage: S0514/22

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

8.2. Schallschutzwand für den Jugendtreff Hallenhausen Vorlage: A0211/21

Stadtrat Hempel bringt den Antrag ein und wirbt für die Zustimmung zum Antrag. Vertreter vom Jugendtreff Hallenhausen sind an ihn herangetreten mit der Problematik der Lärmbelästigung und Beschwerden von Seiten der Anwohner aus der angrenzenden Wohnbebauung. Aus Sicht der Jugendlichen könne auch die Errichtung einer Schallschutzwand in Betracht gezogen werden, weiß er zu berichten.

Abschließend verweist **Stadtrat Hempel** auf eine immer weiter an teilweise seit Jahren vorhandene Jugendtreffs heranrückende Wohnbebauung. Kinder und Jugendliche brauchen Plätze und Treffpunkte, sind jedoch vermehrt sowohl begründeten als auch unbegründeten Beschwerden von Einwohner*innen über Lärm ausgesetzt.

Herr Schütt erläutert die Stellungnahme, die in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt erarbeitet wurde. Zum Bau einer Schallschutzwand bestehe keine Rechtsverpflichtung für die Stadt. Die Baugenehmigung für den Jugendtreff habe Bestandskraft. Beschwerden von Anwohnern liegen der Stadt nicht vor.

Stadträtin Linke habe die Diskussionen zum Öko-Zentrum in der Harsdorfer Straße noch stark vor Augen. Sie findet diese Entwicklungen schade. Das passiere, wenn die Wohnbebauung an Jugendzentren heranrücke.

Die Nutzung der Schallschutzwand für Graffiti begrüßt sie.

Abschließend informiert **Stadtrat Hempel**, dass der Juhi soeben den Tagesordnungspunkt A0211/21, S0486/21 vertagt habe. Ein Vertreter*in der Verwaltung fehlte.

Herr Schütt verweist auf eine Entschuldigung von Seiten der Verwaltung.

Geschäftsordnungsantrag zum Vertagen bis zur Beratung im Juhi:

9-0-0

vertagt

8.2.1. Schallschutzwand für den Jugendtreff Hallenhausen
Vorlage: S0486/21

vertagt

8.3. Energiespar-Contracting
Vorlage: A0202/21

Stadtrat Moll sieht großes Einsparungspotential und vermisst eine Angebotseinholung.

Herr Gebhardt verweist einleitend auf die Ausführungen zur I0170/21, die vor ca. 6 Monaten eingebracht wurde. Er geht auf die komplexe Bestandsituation, die verschiedenen vorhandenen Lampentypen sowie Nutzungsbedarfe in Magdeburg ein. Das bedeute für die Angebotseinholung eine enorme Vorarbeit, um all die Unterschiede zu erfassen und zu beschreiben.

Er verweist auf 24.000 Leuchten in der Stadt, davon sind zur ca. 11% LED-Leuchten. Die laufende Erneuerung der Straßenbeleuchtung und Umwandlung in LED-Leuchten werde kontinuierlich fortgesetzt, um somit zu gewährleisten, dass ständig die neuesten Entwicklungen berücksichtigt werden. Diese Energieeinsparungen werden im Haushalt sofort wirksam.

Stadtrat Hempel kann der Argumentation der Verwaltung folgen. Für eine schnellere Erneuerung der Straßenbeleuchtung müsse die Finanzierung angegangen und neu betrachtet werden. Die Modernisierung kommunaler Straßenbeleuchtung müsse in städtischer Hand bleiben.

Stadtrat Stage versteht das Ansinnen des Antrages nicht. Er geht auf die Angebotseinholung und die damit verbundenen Schwierigkeiten ein. Für eine schnellere Lösung benötige auch ein privater Contractor mehr Geld.

Abschließend regt er die Umstellung auf Warm-weiß sowie insektenfreundliches Licht an.

Herr Gebhardt verweist auf ein Förderprogramm hinsichtlich einer klimafreundlichen Umrüstung, welches in absehbarer Zeit wahrscheinlich neu aufgelegt werden wird.

Stadtrat Moll geht noch einmal das Contractingverfahren ein und verweist auf ein gebietsweises Pilotprojekt, was gegebenenfalls mal angegangen werden sollte.

Stadträtin Linke verweist auf die steigenden Energiepreise und einen kleinteiligen Versuch, der gestartet werden könne.

Stadtrat Dr. Grube steht dem Antrag skeptisch gegenüber. Er habe die Komplexität erkannt. Positive Effekte z.B. Energieeinsparung wären für die Stadt auch gegeben.

Er hinterfragt eine mögliche Amortisierung, sollte die Stadt mit eigenen Mittel die Erneuerung der Straßenbeleuchtung beschleunigen. Wie viel Investitionsbedarf sei erforderlich.

Er bittet das Tiefbauamt um eine Hochrechnung bzgl. der Umrüstung auf LED mit hauptsächlich folgenden Informationen und Fakten:

- wieviel Geld werde benötigt;
- Zeitraum der Umsetzbarkeit;

- Amortisierung, wann rechnet sich eine Umrüstung auf LED für die Stadt.

Abstimmung zum Antrag A0202/21: 2-7-0 nicht empfohlen

8.3.1. Energiespar-Contracting
Vorlage: S0487/21

Die Stellungnahme wurde zur Kenntnis genommen.

9. Informationen

9.1. Nutzung von Recycling-Baustoffen für städtische Bauvorhaben
Vorlage: I0009/22

Herr Wasser (EB KGm) bringt die Information ein und berichtet von den unterschiedlichen Varianten, die getestet wurden.

Stadtrat Schuster verweist darauf, dass auch andere städtische Unternehmen wie MVB, SFM, Amt 66, betroffen seien. Deren Aussagen hätten in die Stellungnahme mit einfließen müssen, somit hält er den Antrag für noch nicht abschließend beantwortet.

Stadtrat Moll geht auf die Möglichkeit der Nutzung z.B. beim Autobahnbau ein. Dieses sollte geprüft werden.

Stadtrat Stage vermisst Antworten//Stellungnahmen von anderen städtischen Unternehmen.

Herr Wasser verweist auf die Problematik der Verträglichkeit bei neu recycelten Baustoffen. In erster Linie eignet sich Recyclingmaterial für den Straßenbau. Bodenplatten oder Deckenplatten benötigen dann erst wieder noch eine Sperrschicht (Aluschicht), um vor möglichen Ausdünstungen zu schützen.

Recyclingmaterial könne vor allem im Außenbereich eingesetzt werden, bei gegebener Tragfähigkeit sowie Gefahrlosigkeit, nicht aber im Innenbereich.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

9.2. Grundsatzbeschluss Ausbau des nördlichen Radweges in der
Königstraße
Vorlage: I0280/21

Herr Dr. Lerm bringt die Information ein.

Stadträtin Linke hinterfragt die Darstellungen in der Visualisierung und bemängelt die farbliche (grau) Darstellung des Radweges. Sie spricht sich für eine Berücksichtigung/Ausführung von roten Fahrradwegen aus.

Herr Dr. Lerm verweist auf eine Kombination von Fuß- und Radweg. Die Darstellung in der Studie sei keine abschließende Umsetzungsdarstellung und habe somit keine Außenwirkung.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

9.3. Perspektivische Errichtung einer Straßenbahnhaltestelle
"Friedensplatz"
Vorlage: I0297/21

Herr Dr. Lerm bringt die Information ein.

Stadtrat Dr. Grube hält eine Straßenbahnhaltestelle im Bereich Friedensplatz für sinnvoll. Der Bereich der südlichen Innenstadt, der neu erschlossene bebaute Teil würde von einer Haltestelle Friedensplatz profitieren.

Die Kosten für ein überfahrbares Kap mit 1,6 Mio. Euro oder der Haltestelleninsel für 2,0 Mio. Euro erschließen sich ihm nicht und er bittet um weitere Ausführungen dazu.

Was kostet dann die Umsetzung des Magdeburger Standards, fragt er nach.

Herr Dr. Lerm nimmt die Nachfrage hinsichtlich der Plausibilität der Kosten mit.

Stellungnahme Amt 61:

*Die Kostenschätzung beruht auf den aktuell erzielten Ausschreibungsergebnissen der Haltestelle Thiemstraße und der Vorplanung Goldschmiedebrücke zuzüglich Planung und Genehmigungsverfahren. Damit liegt man im Regelfall zwischen 750.000 Euro und 800.000 Euro je Richtung * zwei Richtungen = 1,6 Mio. Euro geschätzte Gesamtkosten. Für die Goldschmiedebrücke sind aus Anfang 2020 ca. 500.000 Euro netto für die Haltestelle in Richtung Süden veranschlagt. Diese Kalkulation hat sich laut Bauindex in der Zwischenzeit um knapp 100.000 Euro erhöht.*

Stadträtin Linke sieht in dem Zusammenhang bei einem möglichen

Straßenbahnhaltestellenausbau auch eine große Chance auf Veränderung des Straßenraums. Eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität werde gewünscht und der Bedarf ist vorhanden.

Stadtrat Stage verweist auf die unzureichende Anbindung an das Schauspielhaus für die Besucher. Eine Verbesserung der ÖPNV-Anbindung sei dringend geboten.

Stadtrat Hempel weist bei einem zusätzlichen Halt auf die sich dadurch ergebenden verlängerten Fahrzeiten hin. Er erinnert an die Konsequenzen, wie verlängerte Fahrzeiten sowie an die Einhaltung von nötigen Pausenzeiten für die Straßenbahnfahrer*innen, die zu berücksichtigen seien.

Die Straßenbahnfahrt werde mit jedem weiteren Stopp immer unattraktiver, stellt **Stadtrat Schuster** fest. Jeder Stopp bedingt verlängerte Fahrzeiten. Die Notwendigkeit der Haltestelle im Bereich Friedensplatz wurde bereits am Runden Tisch zum VEP diskutiert. Die weitere Entwicklung sollte erst einmal abgewartet werden.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

10. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Herr Fuß erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den aktuellen Realisierungsstand.

Stadtrat Stage hinterfragt mögliche weitere Kostenexplosionen für die Tunnelbaustelle. **Herr Fuß** verweist auf längere Lieferfristen, Materialengpässe und die damit verbundenen Kostensteigerungen. Die im Haushalt eingestellten Ansätze aktuell berücksichtigen dies. Aktuell laufen erneut Vergabeverfahren, teilt **Herr Fuß** mit. Die Verträge der großen Auftragnehmer liegen im Budget.

Stadtrat Dr. Grube erkundigt sich nach der Freigabe der nördlichen Ring-Abfahrt Richtung Damaschkeplatz.

Herr Fuß erläutert die Rahmenbedingungen hinsichtlich der Radwegführung als Voraussetzung und die damit verbundene Freigabe Ende August für die nördliche Ring-Abfahrt.

Stadträtin Linke hinterfragt die Ausbaudauer des Gehweges im Bereich ZOB. Des Weiteren erkundigt sie sich nach der Radwegbeschilderung im Bereich Bahnhofsvorplatz Richtung Bahnhofstraße.

Eine Radwegführung im Bereich Willy-Brandt-Platz sei nicht vorgesehen, so **Herr Fuß** und verweist auf höhengleiche Straßenbahnschienen zum Queren der Ernst-Reuter-Allee. Abschließend verweist er auf die Fertigstellung der Nordseite Ende August.

Stadtrat Moll verweist auf die verbotene Nutzung der Straßenbahngleise als Fahrradweg und hätte sich eine frühere Radwegfertigstellung zwischen Damaschkeplatz und Brücken gewünscht.

Herr Fuß verweist auf Bauabläufe. Je mehr Zwischenzustände geändert und vorgezogen werden, je mehr Behinderungen treten an anderer Stelle auf und gehen immer zu Lasten der Gesamtbauphase. Eine vorzeitige Nutzung wird geprüft.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

10.1. Bericht über den Stand der Bauarbeiten EÜ ERA
Vorlage: I0003/22

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

11. Verschiedenes

Stadträtin Linke hinterfragt die Installation der Bremsschwellen auf der Otto-von-Guericke-Straße zum Hasselbachplatz nur in eine Richtung. Sie bittet um Überprüfung der Beschlusslage insbesondere Höhe Einmündung Keplerstraße in Richtung Danzstraße.

Es ging immer nur um die Zufahrt zum Hasselbachplatz und nicht vom Hasselbachplatz weg, so **Stadtrat Dr. Grube**.

Herr Gebhardt verweist auf die Umsetzung laut Beschlusslage. Durch die Verwaltung wurden keine Berliner Kissen (Bremsschwellen) auf dem Breiten Weg im Einmündungsbereich der Keplerstraße in Richtung Danzstraße aufgebracht.

Stadtrat Hempel geht auf die Problematik der Fußgängerampelschaltung im Bereich Hasselbachstraße/Otto-von-Guericke-Straße in Richtung Ernst-Reuter-Allee ein. Er verweist auf Überschneidungen der unterschiedlichen Ampelphasen.

Herr Gebhardt lässt den Sachverhalt prüfen.

Nach erfolgter Prüfung wurde festgestellt, dass die LSA-Steuerung korrekt läuft und funktioniert. Sofern eine Straßenbahn ggf. durch einen LKW oder anderen Verkehrsteilnehmer etwas langsamer links abbiegt, kommt es zu einem Grün für den Fußgänger, während die Straßenbahn noch im Querungsbereich des Fußgängers fährt. Dies ist zulässig und verkehrssicher.

Stadträtin Linke geht auf die Situation im Bereich „Café Treibgut“ am Elberadweg ein.

Fahrradfahrer*innen werden nach wie vor zum Absteigen gezwungen. Wie lange soll das so weiter gehen? Wann werde mit einer Verbesserung der Situation gerechnet?

Herr Gebhardt verweist auf einen jetzt vorhandenen Zwischenbauzustand. Zur Zeit laufen Planungen für dieses Areal im Wissenschaftshafen. 2023 werden Vorort Versorgungsleitungen verlegt und im Zuge dessen dann ein grundhafter Wegeausbau erfolgen. Größere Schäden an der vorhandenen, ungebundenen Wegedecke werden durch das Tiefbauamt, dem Straßenbauhof beseitigt.

Des Weiteren verweist **Stadträtin Linke** auf ein neues Förderprogramm zur Ladeinfrastruktur.

Herr Dr. Lerm nimmt den Hinweis mit.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg
Schriftführerin